Wahlordnung 2021

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer für Oberfranken Bayreuth hat am 12. April 2021 gemäß § 4 Satz 2 Ziffer 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 4 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18.12.1956 (BGBl. I, S. 920 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 22.12.2020 (BGBl. I S. 3256), folgende Neufassung der Wahlordnung beschlossen:

A: Mitgliedschaft in der Vollversammlung

§ 1

Bildung und Zusammensetzung der Vollversammlung

- (1) Die Vollversammlung besteht aus 85 Mitgliedern, die von Wahlpersonen für die Dauer von 5 Jahren gewählt werden. Wahlpersonen sind die 270 durch die IHK-Zugehörigen in allgemeiner, geheimer und freier Wahl unmittelbar gewählten Mitglieder der IHK-Gremien.
- (2) Die Vollversammlung der IHK für Oberfranken Bayreuth soll ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Struktur des IHK-Bezirks sein; ihre Zusammensetzung soll die wirtschaftliche Bedeutung der verschiedenen Unternehmen und Wirtschaftszweige in den einzelnen Wahlbezirken berücksichtigen.
- (3) Die Vollversammlung besteht aus 85 Mitgliedern, die aus der Mitte der IHK-Gremien gewählt werden (einschließlich der Vorsitzenden der 8 IHK-Gremien (§ 20 Abs. 2)).
- (4) Jeder IHK-Zugehörige kann nur durch ein Mitglied in der Vollversammlung vertreten sein.

§ 2

Dauer und Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Amtszeit der Mitglieder der Vollversammlung beginnt mit der konstituierenden Sitzung und endet mit der konstituierenden Sitzung einer neu gewählten Vollversammlung.
- (2) Die Mitgliedschaft in der Vollversammlung endet vor Ablauf der in Abs. 1 vorgesehenen Amtszeit
 1. durch Tod,
 2. durch Amtsniederlegung,
 3. mit der Feststellung, dass bei dem Mitglied die Voraussetzungen der Wählbarkeit nach § 6 Abs. 1
 - a) zum Zeitpunkt der Wahl nicht vorhanden waren, oder
 - b) zum Zeitpunkt der Feststellung nicht mehr vorliegen, oder
 4. wenn die Wahl für ungültig erklärt wird.

Die Feststellung nach Nummer 3 hat die Vollversammlung auf Antrag zu beschließen. Der Präsident hat den Antrag unverzüglich ab Kenntnis der IHK zu stellen.

- (3) Die Mitgliedschaft in der Vollversammlung wird nicht berührt durch den Wechsel in eine andere Wahlgruppe oder einen anderen Wahlbezirk. Abweichend von § 6

Abs. 2 bleibt die Mitgliedschaft gleichfalls unberührt, soweit Mitglieder der Vollversammlung nach Beginn ihrer Mitgliedschaft durch Unternehmensfusion, -zusammenschluss oder -wechsel ihre Wählbarkeit vom selben IHK-Zugehörigen ableiten.

- (4) Die Gültigkeit von Beschlüssen und Wahlen bleibt unberührt, wenn die Voraussetzungen der Wählbarkeit bei mitwirkenden Mitgliedern der Vollversammlung nicht vorlagen oder zu einem späteren Zeitpunkt entfallen sind. Gleiches gilt, wenn die Wahl einzelner Mitglieder der Vollversammlung oder der Vollversammlung insgesamt für ungültig erklärt wird.

§ 3

Nachwahl

- (1) Scheidet ein Mitglied der Vollversammlung vorzeitig aus, kann das IHK-Gremium, das es gewählt hat (§ 21), ein neues Mitglied wählen (Nachwahl).
- (2) Die Nachwahl erfolgt jeweils bis zum Ende der laufenden Wahlperiode.

B: Allgemeine Bestimmungen für die Wahl

§ 4

Wahlberechtigung

- (1) Wahlberechtigt sind die IHK-Zugehörigen.
- (2) Jeder IHK-Zugehörige kann sein Wahlrecht nur einmal ausüben.
- (3) Das Wahlrecht ruht bei IHK-Zugehörigen solange ihnen von einem Gericht das Recht, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen, oder zu stimmen, rechtskräftig aberkannt ist.

§ 5

Ausübung des Wahlrechts

- (1) Das Wahlrecht wird ausgeübt
 - a) für IHK-zugehörige natürliche Personen von diesen selbst; falls Vormundschaft, Pflegschaft oder Betreuung besteht, durch den gesetzlichen Vertreter;
 - b) für juristische Personen des privaten oder öffentlichen Rechts, Handelsgesellschaften und nicht rechtsfähige Personenmehrheiten durch eine Person, die allein oder zusammen mit anderen zur gesetzlichen Vertretung befugt ist.
- (2) Das Wahlrecht kann auch durch einen im Handelsregister eingetragenen Prokuristen oder einen zur Ausübung des aktiven Wahlrechts Bevollmächtigten ausgeübt werden.
- (3) Für IHK-Zugehörige, deren Wohnsitz oder Sitz nicht im IHK-Bezirk gelegen ist, kann das Wahlrecht durch einen Wahlbevollmächtigten ausgeübt werden. In begründeten Einzelfällen kann der Wahlausschuss auch darüber hinaus eine Wahlbevollmächtigung durch Beschluss zulassen.
- (4) Sind mehrere Personen wahlberechtigt, kann das Wahlrecht jeweils nur von einer Person ausgeübt werden.

- (5) Das Wahlrecht kann nicht von Personen ausgeübt werden, bei denen der Tatbestand des § 4 Abs. 3 vorliegt.
- (6) Auf Verlangen ist dem Wahlausschuss oder dem örtlichen Wahlvorstand die Berechtigung, das Wahlrecht auszuüben, durch einen Handelsregisterauszug oder in sonstiger geeigneter Weise nachzuweisen. Bei Wahlbevollmächtigten bedarf es einer zu diesem Zweck ausgestellten Vollmacht.

§ 6 Wählbarkeit

- (1) Wählbar sind natürliche Personen, die am Wahltag volljährig, das Kammerwahlrecht auszuüben berechtigt und entweder selbst IHK-Zugehörige sind oder allein oder zusammen mit anderen zur gesetzlichen Vertretung einer IHK-zugehörigen juristischen Person, Handelsgesellschaft oder nichtrechtsfähigen Personenmehrheit befugt sind. Wählbar sind auch die in das Handelsregister eingetragenen Prokuristen und besonders bestellte Bevollmächtigte im Sinne von Satz 3 sowie § 5 Abs. 2 IHKG. Besonders bestellte Bevollmächtigte sind Personen, die, ohne im Handelsregister eingetragen zu sein, im Unternehmen des IHK-Zugehörigen eine der eigenverantwortlichen Tätigkeit des Unternehmers vergleichbare selbständige Stellung einnehmen und dies durch eine entsprechende Vollmacht nachweisen. Nicht wählbar ist, wer die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden und Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, nicht besitzt.
- (2) Für jeden IHK-Zugehörigen kann sich nur ein Kandidat zur Wahl stellen. Ist bereits ein Vertreter eines IHK-Zugehörigen Mitglied der Vollversammlung, kann ein weiterer Vertreter dieses IHK-Zugehörigen weder nachrücken noch mittelbar gewählt werden.
- (3) Ist eine natürliche Person in verschiedenen Wahlgruppen bzw. Wahlbezirken wählbar, kann sie nur einmal kandidieren.

§ 7 Wahlgruppen

- (1) Die IHK-Zugehörigen werden gemäß § 5 Abs. 3 Satz 2 IHKG zum Zwecke der Wahl unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Besonderheiten des IHK-Bezirks sowie der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Gewerbegruppen in Wahlgruppen eingeteilt. Die Größe der Wahlgruppen richtet sich insbesondere nach dem Gewerbeertrag, der Beschäftigtenzahl und der Zahl der ihnen zuzurechnenden IHK-Zugehörigen.
- (2) Es werden folgende Wahlgruppen gebildet:
1. Industrie
 2. Handel/Tourismus
 3. Dienstleistungen

§ 8 Wahlbezirke

- (1) Als Wahlbezirke gelten die nach § 9 IHK-Satzung gebil-

deten IHK-Gremien. Jeder Wahlbezirk umfasst die IHK-Zugehörigen, die in diesem Bezirk eine gewerbliche Niederlassung haben.

- (2) Folgende Wahlbezirke sind gebildet:

1. Bamberg
2. Bayreuth
3. Forchheim
4. Hof
5. Kronach
6. Kulmbach
7. Lichtenfels
8. Marktredwitz/Selb

§ 9 Wahlausschuss und Wahlvorstand

- (1) Die Vollversammlung wählt zur Durchführung jeder unmittelbaren Wahl einen Wahlausschuss, der aus 5 Mitgliedern besteht. Jedes Mitglied hat einen Stellvertreter. Der Wahlausschuss kann sich eine Geschäftsordnung geben und wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend oder durch einen Stellvertreter vertreten sind. Unabhängig vom Vertretungsfall haben die gewählten Stellvertreter ein ständiges Teilnahme- und Rederecht in den Wahlausschusssitzungen. Der Wahlausschuss wird durch den Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung durch das dienstälteste Wahlausschussmitglied vertreten. Der Wahlausschuss kann sich bei seiner Tätigkeit der Unterstützung durch die Geschäftsführung bedienen. Er kann einzelne Aufgaben auf die Geschäftsführung übertragen.
- (2) Der Wahlausschuss entscheidet über das Wahlverfahren. Bei Briefwahl bestimmt er die Frist, in welcher die Stimmen bei der IHK eingehen müssen (Wahlfrist). Für die Rechtzeitigkeit genügt der nachweisliche Eingang beim jeweiligen Wahlvorstand.
- (3) Für jeden Wahlbezirk wird ein Wahlvorstand gebildet, der aus jeweils drei Personen besteht. Der Wahlausschuss beruft die Mitglieder des Wahlvorstandes. Der Wahlvorstand kann aus seiner Mitte einen Vorsitzenden wählen.
- (4) Der jeweilige Wahlvorstand unterstützt den Wahlausschuss bei der Wahl im IHK-Gremium und führt die Wahl im Wahlbezirk durch. Der Wahlausschuss kann Aufgaben an den Wahlvorstand übertragen. Der Wahlvorstand kann selbst ebenfalls Aufgaben an Personen, die als Wahlhelfer bestimmt sind, nach Benennung gegenüber dem Wahlausschuss übertragen.

§ 10 Wählerlisten

- (1) Nach den Vorgaben des Wahlausschusses stellt die IHK zur Vorbereitung der Wahl für jede Wahlgruppe, getrennt nach Wahlbezirken, eine Liste der Wahlberechtigten (Wählerliste) auf und legt sie dem Wahlausschuss zur Bestätigung vor. Die Wählerlisten können auch in Dateiform erstellt werden. Sie enthalten Angaben zu Name, Firma, Anschrift, Wahlgruppe, Wahlbezirk, Identnummer und Wirtschaftszweig der Wahlberechtigten.

- (2) Bei der Aufstellung der Wählerlisten legt die IHK die ihr vorliegenden Unterlagen zu einem vom Wahlausschuss bestimmten Zeitpunkt zu Grunde. Wahlberechtigte, die ausschließlich als persönlich haftende Gesellschafter eines anderen Wahlberechtigten oder als Besitzgesellschaft eines anderen Wahlberechtigten tätig sind, werden der Wahlgruppe des anderen Wahlberechtigten zugeordnet.
- (3) Wahlberechtigte, die mehreren Wahlgruppen angehören können, werden in einer Wählerliste in der Wahlgruppe aufgeführt, die ihrer hauptsächlich ausgeübten Geschäftstätigkeit entspricht. Im Zweifel bestimmt der Wahlausschuss die Wahlgruppe.
- (4) Die Wählerliste wird zwei Wochen zur Einsicht durch Wahlberechtigte oder deren Bevollmächtigte ausgelegt. Die Einsichtnahme beschränkt sich auf die jeweilige Wahlgruppe und den Wahlbezirk.
- (5) Einsprüche gegen die Wählerliste oder Anträge auf Aufnahme in eine Wahlgruppe oder auf Zuordnung zu einer anderen Wahlgruppe sind innerhalb einer Woche nach der Auslegungsfrist schriftlich beim Wahlausschuss einzulegen, wobei auch eine Übermittlung per Fax oder eingescanntem Dokument per E-Mail zulässig ist. Für die fristgemäße Einlegung genügt die Einlegung beim Wahlvorstand. Der Wahlausschuss entscheidet darüber. Er kann auch von Amts wegen Änderungen vornehmen. Nach Erledigung aller Einsprüche und Anträge stellt der Wahlausschuss die Ordnungsmäßigkeit der Wählerlisten fest.
- (6) Wählen kann nur, wer in den festgestellten Wählerlisten eingetragen ist oder bis einen Tag vor Ablauf der Wahlfrist (§ 9 Abs. 2) nachweist, dass sein Wahlrecht erst nach Ablauf der Frist des Abs. 5 entstanden ist.
- (7) Die IHK ist berechtigt, Name, Firma, Anschrift, E-Mail-Adresse und Wirtschaftszweig von Wahlberechtigten an Bewerber und Kandidaten (§ 12) und deren Bevollmächtigte zum Zwecke der Wahlwerbung zu übermitteln. Die Bewerber und Kandidaten oder deren Bevollmächtigte haben sich dazu schriftlich zu verpflichten, die übermittelten Daten ausschließlich für Wahlzwecke zu nutzen und sie spätestens nach der Wahl unverzüglich zu löschen bzw. zu vernichten. Die Verpflichtungserklärung kann auch per Fax oder mittels eines eingescannten Dokuments per E-Mail übermittelt werden.
- (8) Soweit personenbezogene Daten in den Wählerlisten enthalten sind, bestehen nicht
1. das Recht auf Auskunft gemäß Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, 72),
 2. die Mitteilungspflicht gemäß Artikel 19 Satz 2 der Verordnung (EU) 2016/679 und
 3. das Recht auf Widerspruch gemäß Artikel 21 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679.
- Das Recht auf Erhalt einer Kopie nach Artikel 15 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/679 wird dadurch erfüllt, dass die betroffene Person Einsicht in die Wählerlisten gemäß Absatz 3 nehmen kann. Die Einsicht ist auch über die Frist in Absatz 3 hinaus zulässig.

§ 11

Bekanntmachungen des Wahlausschusses

- (1) Der Wahlausschuss macht Zeit und Ort der Auslegung der Wählerlisten mit dem Hinweis bekannt, dass Einsprüche gegen die Wählerlisten und Anträge auf Aufnahme oder Änderung binnen einer Woche nach Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich gem. § 10 Abs. 5 beim Wahlausschuss einzulegen sind. Die Bekanntmachung enthält außerdem die Anschrift, Faxnummer und E-Mail-Adresse des Wahlausschusses und des jeweiligen Wahlvorstandes, da fristwährend auch die Einlegung beim jeweiligen Wahlvorstand genügt.
- (2) Der Wahlausschuss fordert in der Bekanntmachung die Wahlberechtigten auf, binnen zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist für jede Wahlgruppe Wahlvorschläge bei ihm einzureichen. Für die Rechtzeitigkeit genügt der nachweisliche Eingang beim jeweiligen Wahlvorstand. Er weist darauf hin, wie viele Mitglieder in jeder Wahlgruppe und jedem Wahlbezirk zu wählen sind.
- (3) Außerdem macht der Wahlausschuss das Wahlverfahren und die Wahlfrist (§ 9 Abs. 2) bekannt.

§ 12

Wahlvorschläge und Kandidatenliste

- (1) Die wahlberechtigten IHK-Zugehörigen können für ihre Wahlgruppe und ihren Wahlbezirk Wahlvorschläge einreichen. Wahlvorschläge sind schriftlich einzureichen, wobei auch eine Übermittlung per Fax oder eingescanntem Dokument per E-Mail zulässig ist. Jeder Bewerber muss nach der festgestellten Wählerliste (§ 10 Abs. 6) der Wahlgruppe und dem Wahlbezirk angehören, in denen er vorgeschlagen wird; andernfalls ist seine Bewerbung ungültig.
- (2) Die Wahlvorschläge sind mit Familiennamen, Vornamen, Geburtsdatum, Funktion im Unternehmen, Bezeichnung des IHK-zugehörigen Unternehmens und dessen Anschrift aufzuführen. Außerdem ist eine Erklärung jedes Bewerbers beizufügen, dass er zur Annahme der Wahl bereit ist und dass ihm keine Tatsachen bekannt sind, die seine Wählbarkeit nach dieser Wahlordnung ausschließen. Der Wahlvorschlag bedarf keiner zusätzlichen Unterstützung (Selbstvorschlag).
- (3) Der Wahlausschuss prüft die eingegangenen Wahlvorschläge und entscheidet über deren Gültigkeit. Zur Prüfung, insbesondere der Wählbarkeit, kann der Wahlausschuss weitere Angaben verlangen. Er fordert Bewerber unter Fristsetzung auf, Mängel zu beseitigen, soweit es sich nicht um in Abs. 4 genannte Mängel handelt.
- (4) Bei folgenden Mängeln der Wahlvorschläge wird keine Frist zur Mängelbeseitigung gesetzt:
 - a) Die Einreichungsfrist wurde nicht eingehalten.
 - b) Das Formerfordernis nach Abs. 1 Satz 2 wurde nicht eingehalten.
 - c) Der Bewerber ist nicht wählbar.
 - d) Der Bewerber ist nicht identifizierbar.
 - e) Die Zustimmungserklärung des Bewerbers fehlt.
- (5) Der Wahlausschuss fasst die gültigen Wahlvorschläge jeder Wahlgruppe innerhalb eines Wahlbezirks in alphabetischer Reihenfolge zu einer Kandidatenliste zusammen.

men und macht sie bekannt. Bei Namensgleichheit entscheidet der Vorname. Bei vollständiger Namensgleichheit legt der Wahlausschuss die Reihenfolge durch Losentscheid fest. Die Bekanntmachung muss bei Briefwahl mindestens eine Woche vor dem letzten Termin für den Eingang des Stimmzettels erfolgen.

- (6) Jede Kandidatenliste soll mindestens einen Kandidaten mehr enthalten, als in der Wahlgruppe und im Wahlbezirk zu wählen ist. Geht in einer Wahlgruppe und einem Wahlbezirk kein gültiger Wahlvorschlag ein, oder reicht die Zahl der gültigen Wahlvorschläge nicht aus, um die Bedingung des Satzes 1 für eine Kandidatenliste zu erfüllen, so wiederholt der Wahlausschuss die Aufforderung gemäß § 11 Abs. 2 mit der Maßgabe, dass binnen zweier weiterer Wochen Wahlvorschläge, beschränkt auf diese Wahlgruppe und diesen Wahlbezirk, eingereicht werden können und macht Aufforderung und Nachfristsetzung bekannt. Bei fruchtlosem Ablauf dieser Nachfrist findet eine auf die gültigen Wahlvorschläge beschränkte Wahl statt.
- (7) Der Wahlausschuss macht die Kandidatenlisten mit folgenden Angaben der Kandidaten bekannt: Familienname, Vorname, Funktion im Unternehmen und Bezeichnung des IHK-zugehörigen Unternehmens. Ergänzende Angaben kann der Wahlausschuss beschließen. Hierauf ist in der Wahlbekanntmachung hinzuweisen.
- (8) Das Widerspruchsrecht gemäß Artikel 21 der Verordnung (EU) 2016/679 findet in Bezug auf die in der Kandidatenliste enthaltenen personenbezogenen Daten keine Anwendung.

§ 13

Durchführung der Wahl

- (1) Die Wahl erfolgt schriftlich (Briefwahl).
- (2) Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel, welche für jede Wahlgruppe die Kandidatenliste, sowie einen Hinweis auf die Anzahl der in dieser Wahlgruppe und dem Wahlbezirk zu wählenden Kandidaten enthalten.
- (3) Für die Briefwahl übermittelt die IHK dem Wahlberechtigten folgende Unterlagen, die als vertrauliche Wahlunterlagen zu kennzeichnen sind:
 - a) einen Vordruck für den Nachweis der Berechtigung zur Ausübung des Wahlrechts (Wahlschein),
 - b) einen Stimmzettel,
 - c) einen Umschlag mit dem Aufdruck „Kammerwahl“ und „Stimmzettelumschlag“,
 - d) einen Umschlag für die Rücksendung der Wahlunterlagen an den Wahlausschuss (Rücksendeumschlag).
 - e) Die Wahlunterlagen enthalten den Hinweis, dass die Stimmabgabe durch den Wahlberechtigten persönlich und unbeobachtet erfolgen muss.

Verlorene Wahlunterlagen werden nicht ersetzt. Versichert ein Wahlberechtigter glaubhaft, dass die Wahlunterlagen nicht zugegangen sind, können auf Antrag durch den Wahlausschuss nach dessen Vorgaben neue Wahlunterlagen ausgestellt werden.

- (4) Der Wähler kennzeichnet die von ihm gewählten Kandi-

daten durch Ankreuzen des Feldes vor dem Namen auf dem Stimmzettel. Er darf höchstens so viele Kandidaten ankreuzen, wie in der Wahlgruppe zu wählen sind. Er kann für jeden Kandidaten nur einmal stimmen.

- (5) Der Wähler legt seinen gem. Abs. 4 gekennzeichneten Stimmzettel, der keine Unterschrift, Zusätze, Streichungen oder Vorbehalte tragen darf in den ihm zugeleiteten Umschlag mit dem Aufdruck „Kammerwahl“ und „Stimmzettelumschlag“ und verschließt diesen. Diesen verschlossenen Stimmzettelumschlag übersendet er unter Beifügung des Wahlscheins, welcher Angaben über das IHK-zugehörige Unternehmen, die Wahlgruppe und die Unterschrift der zur Wahlausübung berechtigten Person tragen muss in dem Rücksendeumschlag an den Wahlausschuss so rechtzeitig, dass die Wahlfrist gem. § 8 Abs. 2 gewahrt wird. Der Wahlausschuss ermächtigt den jeweiligen Wahlvorstand bei ihm eingegangene Rücksendeumschläge mit dem Aufdruck „Kammerwahl“ anzunehmen und nach Prüfung der Wahlberechtigung mit dem Wahlschein den verschlossenen Stimmzettelumschlag unverzüglich und ungeöffnet in eine versiegelte Wahlurne einzulegen. Das gleiche Verfahren praktiziert der Wahlausschuss für direkt eingegangene Umschläge.

§ 14

Feststellung des Wahlergebnisses

- (1) Nach Abschluss der Wahl übermittelt der jeweilige Wahlvorstand die versiegelte Wahlurne des jeweiligen Wahlbezirks unverzüglich an den Wahlausschuss. Unter Aufsicht des Wahlausschusses stellen die Wahlvorstände in einem vom Wahlausschuss anberaumten Termin das Ergebnis der jeweiligen Wahlbezirke fest. Die direkt beim Kammerwahlausschuss eingegangenen und auf die Wahlberechtigung geprüften Wahlumschläge werden in die Auszählung der jeweiligen Wahlbezirke einbezogen. Jeder Wahlvorstand fertigt über den Wahlablauf und das Wahlergebnis eine Niederschrift an, die von seinen Mitgliedern zu unterzeichnen ist und übergibt diese, sowie die gesamten Stimmzettel, an den Wahlausschuss zur abschließenden Prüfung.
- (2) Der Wahlausschuss entscheidet über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen und über alle bei der Wahlhandlung und bei der Ermittlung des Wahlergebnisses sich ergebenden Fragen.
- (3) Ungültig sind insbesondere Stimmzettel
 - a) die Zusätze, Streichungen oder Vorbehalte aufweisen,
 - b) die die Absicht des Wählers nicht klar erkennen lassen,
 - c) in denen mehr Kandidaten angekreuzt sind, als in der Wahlgruppe und dem Wahlbezirk zu wählen sind,
 - d) die nicht in einem verschlossenen Stimmzettelumschlag eingehen.

Mehrere in einem Stimmzettelumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als nur ein Stimmzettel, wenn ihre Kennzeichnung gleichlautend oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; andernfalls sind sie sämtlich ungültig.

- (4) Rücksendeumschläge, die lediglich den Stimmzettelumschlag, nicht jedoch den Wahlschein enthalten, werden zurückgewiesen. Das gilt auch, falls der Wahlschein im

Stimmzettelumschlag versendet wurde oder nicht vollständig ausgefüllt ist. Kein Grund zurückzuweisen ist die Rücksendung der Wahlunterlagen in einem anderen als dem Rücksendeumschlag.

§ 15 Wahlergebnis

- (1) Gewählt sind in den einzelnen Wahlgruppen und Wahlbezirken die Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, das ein Mitglied des Wahlausschusses zieht.
- (2) Nicht gewählte Kandidaten sind Ersatzmitglieder (§ 19 Abs. 2) für das IHK-Gremium entsprechend ihrer Stimmzahl. Bei Stimmgleichheit unter den Ersatzmitgliedern gilt Abs. 1 Satz 2 entsprechend.
- (3) Der Wahlausschuss stellt für jede Wahlgruppe und jeden Wahlbezirk das Ergebnis der Wahl und die Reihenfolge der Kandidaten fest und fertigt über die Ermittlung des Wahlergebnisses eine Niederschrift an. Er macht die Namen der gewählten Kandidaten unverzüglich bekannt.
- (4) Über die Veröffentlichung weiterer Informationen zum Wahlergebnis entscheidet die Vollversammlung. Sollen weitere Informationen veröffentlicht werden, ist darüber rechtzeitig in einer Wahlbekanntmachung zu informieren.

§ 16 Wahlprüfung

- (1) Einsprüche gegen die Feststellung des Wahlergebnisses müssen innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntmachung schriftlich beim Wahlausschuss eingegangen sein. Der Einspruch ist auf die Wahl innerhalb der Wahlgruppe und des Wahlbezirks des Wahlberechtigten beschränkt.
- (2) Über die Einsprüche entscheidet der Wahlausschuss.
- (3) Einsprüche gegen die Feststellung des Wahlergebnisses sind zu begründen. Sie können nur auf einen Verstoß gegen wesentliche Wahlvorschriften gestützt werden, durch die das Wahlergebnis beeinflusst werden kann. Gründe können nur bis zum Ablauf der Einspruchsfrist vorgetragen werden. Im Wahlprüfungsverfahren einschließlich eines gerichtlichen Verfahrens werden nur bis zum Ablauf der Einspruchsfrist vorgetragene Gründe berücksichtigt.
- (4) Gegen die Einspruchsentscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht erhoben werden. Die Klage ist gegen die IHK zu richten.

§ 17 Bekanntmachung und Fristen

- (1) Die in der Wahlordnung vorgesehenen Bekanntmachungen erfolgen im Internet auf der Webseite der IHK für Oberfranken Bayreuth www.bayreuth.ihk.de mit Angabe des Tages der Einstellung. Die Bekanntmachung gilt nach Ablauf des Tages, an dem die Daten im Internet zugänglich gemacht werden, als erfolgt.

- (2) Alle Wahlunterlagen sind mindestens ein Jahr, gerechnet ab Ablauf der Einspruchsfrist, aufzubewahren. Anschließend sind Wahlscheine, Stimmzettel, Umschläge, Wählerlisten zu vernichten bzw. zu löschen. Die übrigen Wahlunterlagen sind, sofern nichts anderes bestimmt ist, bis zum Ende der übernächsten Wahlperiode aufzubewahren.
- (3) Fristen der Wahlordnung sind, soweit nicht in der Wahlordnung etwas anderes geregelt ist, nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu berechnen.

C: IHK-Gremien

§ 18 Zusammensetzung der IHK-Gremien

- (1) Die IHK-Gremien sollen ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Struktur der regionalen Gremiumsbezirke sein; ihre Zusammensetzung soll die wirtschaftliche Bedeutung der verschiedenen Unternehmen und Wirtschaftszweige in den einzelnen Gremiumsbezirken berücksichtigen.
- (2) In die IHK-Gremien werden in allgemeiner, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl jeweils für die Dauer der Wahlperiode der Vollversammlung gewählt:

	Industrie	Handel/Tourismus	Dienstleistungen	zusammen
Bamberg	12	11	17	40
Bayreuth	14	9	17	40
Forchheim	9	8	13	30
Hof	13	11	16	40
Kronach	12	8	10	30
Kulmbach	11	7	12	30
Lichtenfels	10	8	12	30
Marktredwitz/Selb	12	8	10	30
zusammen	93	70	107	270

- (3) Jeder IHK-Zugehörige kann nur durch ein Mitglied im IHK-Gremium vertreten sein.

§ 19 Mitgliedschaft im IHK-Gremium

- (1) Für die Mitgliedschaft im IHK-Gremium gilt § 2 entsprechend.
- (2) Scheidet ein gemäß § 18 Abs. 2 gewähltes Mitglied des IHK-Gremiums aus, so rückt für die restliche Amtszeit der Kandidat aus derselben Wahlgruppe nach, der nach dem Gewählten die höchste Stimmzahl erreicht hat.
- (3) Ist kein Nachrücker gem. Abs. 2 vorhanden, so können die Mitglieder des IHK-Gremiums beschließen, für die restliche Dauer der Wahlperiode aus der Wahlgruppe des ausgeschiedenen Mitglieds ein Ersatzmitglied durch die Mitglieder des IHK-Gremiums, die insoweit als Wahlmänner handeln, zu wählen (Ersatzwahl). Die Bewerber sind von mindestens 3 Mitgliedern des IHK-Gremiums vorzuschlagen.

§ 20
IHK-Gremiumsvorstand

- (1) Die Mitglieder des IHK-Gremiums wählen nach Vorgabe der IHK-Satzung (§ 11) einen Vorstand, der aus einem Vorsitzenden und einem oder mehreren Stellvertretern besteht.
- (2) Der Vorsitzende des IHK-Gremiums wird mit seiner Wahl Mitglied der Vollversammlung.

D: Wahl zur Vollversammlung

§ 21
Sitzverteilung

- (1) Die nach § 18 Abs. 2 gewählten Mitglieder der IHK-Gremien wählen als unmittelbar gewählte Wahlpersonen auf Vorschlag des jeweiligen IHK-Gremiumsvorstandes oder auf Vorschlag aus der Mitte des IHK-Gremiums nach Maßgabe des § 5 IHKG und § 2 IHK-Satzung in die Vollversammlung:

	Industrie	Handel/Tourismus	Dienstleistungen	zusammen
Bamberg	7	6	9	22
Bayreuth	6	4	8	18
Forchheim	2	2	4	8
Hof	4	3	5	12
Kronach	2	1	2	5
Kulmbach	2	1	3	6
Lichtenfels	2	2	3	7
Markredwitz/Selb	3	2	2	7
zusammen	28	21	36	85

- (2) Der Sitz des Vorsitzenden des IHK-Gremiums wird auf die Zahl der in seiner Wahlgruppe zu wählenden Mitglieder der Vollversammlung angerechnet.
- (3) Ist eine Wahlgruppe im IHK-Gremium nicht vertreten, so werden die ihr zustehenden Vollversammlungssitze durch Mitglieder anderer Wahlgruppen besetzt.

E: Schlussbestimmungen

§ 22
Inkrafttreten

- (1) Diese Wahlordnung tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Mitteilungsblatt „Oberfränkische Wirtschaft“ der IHK in Kraft und gilt erstmals für die im Jahr 2021/2022 durchzuführende Wahl der Vollversammlung und IHK-Gremien (Wahlperiode 2022-2026).
- (2) Ein zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Wahlordnung bereits von der Vollversammlung gewählter Wahlausschuss bleibt im Amt. Er führt die Wahl auf der Grundlage dieser Wahlordnung durch. Beschlüsse, die der Wahlausschuss bis zu diesem Zeitpunkt gefasst hat, bleiben wirksam, soweit sie durch diese Wahlordnung gedeckt sind.
- (3) Soweit Vorschriften der Wahlordnung vom 01.02.2016 noch Auswirkung auf die Mitgliedschaft in der Vollversammlung oder dem IHK-Gremium in der Wahlperiode 2017-2021 haben, bleiben sie bis zum Ablauf dieser

Wahlperiode in Kraft. Im Übrigen tritt die Wahlordnung in der Fassung vom 01.02.2016 außer Kraft.

Bayreuth, 12. April 2021

gez. Sonja Weigand Präsidentin	gez. Gabriele Hohener Hauptgeschäftsführerin
--------------------------------------	--

Vorstehenden Beschluss über die Änderung der Wahlordnung der Industrie- und Handelskammer für Oberfranken Bayreuth hat das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie mit Schreiben vom 23. April 2021 (Az. 3/35-4911c/37/2) rechtsaufsichtlich genehmigt.

Ausgefertigt am 30. April 2021

gez. Sonja Weigand Präsidentin	gez. Gabriele Hohener Hauptgeschäftsführerin
--------------------------------------	--